



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 23. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Februar 2024, 15 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender
Martin Balasus (CDU)
Peer Knöfler (CDU)
Patrick Pender (CDU)
Anette Röttger (CDU)
Wiebke Zweig (CDU)
Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sophia Schiebe (SPD)
Christopher Vogt (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der zweiten Wettbewerbsrunde der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder und die Konsequenzen für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik	5
Berichts Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 20/2678	
Umdruck 20/2724	
2. Bericht des Bildungsministeriums über das Besetzungsverfahren für die Präsidentschaft der Universität zu Lübeck	8
Berichts Antrag der Abgeordneten Sophia Schiebe (SPD) Umdruck 20/2692	
3. a) Die Bedingungen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr verbessern	9
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/1588	
b) Für ein faires Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium	9
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1608	
c) Reform des Praktischen Jahres im Medizinstudium	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/1614	
4. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Startchancen-Programms in Schleswig-Holstein	10
Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP) Umdruck 20/2533	
5. Schulabschluss an Förderzentren anerkennen	11
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/826	
Leistungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen ziendifferenzierter Schulabschlüsse anerkennen und berufliche Orientierung weiter ausbauen	11
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/979	
6. DaZ braucht gute Konzepte statt schwarz-grüner Einsparungen	12
Antrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 20/1777 (neu)	

7.	Stärkung der Wissensvermittlung zu den vier nationalen Minderheiten und der Sprecher:innengruppe Niederdeutsch	13
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/991	
	Mehr Wissen über unsere Minderheiten vermitteln	13
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1119	
8.	Bericht Landesarchiv	14
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/1554	
	Archive in Schleswig-Holstein: Sicherheit und digitaler Wandel	14
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1662	
	Bericht Landesarchiv	14
9.	Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken	15
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/830	
	Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen	15
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/978	
	– Verfahrensfragen –	
10.	Information/Kenntnisnahme	16
	Umdruck 20/2578 – Anerkennung als Podologe Umdruck 20/2582 – Masterplan Berufliche Bildung	
11.	Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Änderung gebilligt, dass die Punkte 3 und 7 von der Tagesordnung abgesetzt werden.

1. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der zweiten Wettbewerbsrunde der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder und die Konsequenzen für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik

Berichts Antrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 20/2678](#)

Präsentation der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
[Umdruck 20/2724](#)

Wissenschaftsministerin Prien äußert, natürlich sei man enttäuscht, dass die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit ihren drei neuen Clusterinitiativen aus der Evolutionsbiologie, der Meeresforschung und den Materialwissenschaften an der Schnittstelle zu den Neurowissenschaften, die die Universität am 7. September 2023 im Bildungsausschuss vorgestellt habe, im Exzellenzwettbewerb nicht erfolgreich gewesen sei. Das Verfahren laufe rein wissenschaftsgeleitet ohne Einflussmöglichkeit der Universitätspräsidien oder der Politik ab. Ab dem 22. Februar 2024 werde die schriftliche Auswahlbegründung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrats vorliegen. Von neuen 143 Initiativen seien lediglich 41 zur Vollantragstellung aufgerufen worden, die zusammen mit den 57 bisher geförderten Clustern – darunter PMI und ROOTS – um insgesamt bis zu 70 Plätze konkurrierten.

In Deutschland gebe es bisher elf Exzellenzuniversitäten, zukünftig bis zu 15; das heiße, die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel könnte mit ihren beiden bestehenden Clustern in der zweiten Förderlinie Exzellenzuniversität werden.

Sodann erläutert Herr Dr. Quandt, Professor und Vizepräsident der Christian-Albrechts-Universität für Forschung, wissenschaftliche Infrastruktur und Transfer, den Exzellenzclusterprozess, [Umdruck 20/2724](#).

Abgeordneter Vogt bezeichnet die Entscheidung als herben Rückschlag für die Universität Kiel und den Hochschulstandort Schleswig-Holstein und als Weckruf. Die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft brauche neue Impulse und müsse – trotz schwieriger Haushaltslage –

gestärkt werden, Empfehlungen des Wissenschaftsrats sollten zügig umgesetzt und die Stelle der Präsidentin/des Präsidenten der CAU schnellstmöglich wiederbesetzt werden.

Ministerin Prien appelliert, den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein nicht schlechtzureden, sondern Erfolge herauszustellen. Zwischen der Clusterentscheidung und dem Rückzug von Präsidentin Dr. Fulda gebe es keinen Zusammenhang. Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die sich schnell umsetzen ließen, wolle man schnell umsetzen; Maßnahmen, deren Umsetzung Zeit brauche, wolle mit den beteiligten Akteuren besprechen. In Zeiten knapper Haushalte müsse man verstärkt konzentrieren und priorisieren.

Herr Dr. Quandt betont, jetzt müsse man alle Kraft darauf verwenden, dass die beiden bestehenden Exzellenzcluster ROOTS und PMI – das man gemeinsam mit der Universität zu Lübeck betreibe – weiter gefördert würden. Das Verfahren zur Wiederbesetzung der Stelle der Präsidentin/des Präsidenten, die öffentlich ausgeschrieben werde, erfolge mit der gebotenen Schnelligkeit und Gründlichkeit; eine Besetzung sei frühestens Anfang 2025 möglich.

Abgeordnete Schiebe fragt, wie man die nächsten Monate erfolgreich gestalten und den Klagen über ein „toxisches Klima“ begegnen könne.

Herr Dr. Quandt stellt klar, dass der Ausgang der Exzellenzbewerbung mit anderen Vorgängen nichts zu tun habe. Gemeinsam mit Herrn Dr. Schneider, Professor und Vizepräsident der Christian-Albrechts-Universität für Internationalisierung und wissenschaftlichen Nachwuchs, bekräftigt er den Willen des Interimspräsidiums, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, die beiden bestehenden Exzellenzcluster, die von exzellenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern seit mehr als 15 Jahren aufgebaut würden, zu behalten und die Chance zu nutzen, Exzellenzuniversität zu werden.

Wissenschaftsministerin Prien und Wissenschaftsstaatssekretär Wendt bekräftigen in diesem Zusammenhang die Unterstützung des Landes. Herr Wendt sagt zu, dem Bildungsausschuss das finanzielle Engagement des Landes zur Unterstützung des Exzellenzclusterprozesses im Einzelnen schriftlich darzustellen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt Ministerin Prien mit, das Kabinett habe bereits über die Besetzung der Leitung der Hochschulabteilung im Wissenschaftsministerium entschieden; sie

gehe davon aus, dass die Besetzung zum 1. März 2024 offiziell bekannt gegeben werden könne.

Die Abgeordneten Krüger und Balasus warnen davor, den Hochschulstandort Schleswig-Holstein kaputtzureden, und kritisieren in diesem Zusammenhang öffentliche Äußerungen der Opposition.

Abgeordnete Waldinger-Thiering bedauert, dass die maritime Forschung erneut nicht als Exzellenzcluster gefördert werde.

Herr Dr. Schneider macht darauf aufmerksam, dass die Meeresforschung, die wesentlich vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel betrieben werde, Mitglied der Deutschen Allianz für Meeresforschung sei und einen hervorragenden Ruf genieße.

Der Bildungsausschuss beschließt, die Diskussion in der Ausschusssitzung am 14. März 2024 fortzusetzen und sich mit CAU und Wissenschaftsministerium der Begründung der Ablehnung von DFG und WR zu widmen.

2. Bericht des Bildungsministeriums über das Besetzungsverfahren für die Präsidentschaft der Universität zu Lübeck

Berichts Antrag der Abgeordneten Sophia Schiebe (SPD)
[Umdruck 20/2692](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird von 16:40 bis 17:15 Uhr in nicht öffentlicher und **vertraulich** Sitzung gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 Geschäftsordnung beraten (siehe Niederschrift über den vertraulichen Teil der Sitzung).

3. a) Die Bedingungen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr verbessern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/1588](#)

b) Für ein faires Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/1608](#)

c) Reform des Praktischen Jahres im Medizinstudium

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/1614](#)

(überwiesen am 24. November 2023)

Der Bildungsausschuss vertagt die Beratung auf die nächste reguläre Sitzung am 14. März 2024.

4. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Startchancen-Programms in Schleswig-Holstein

Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)
[Umdruck 20/2533](#)

Bildungsministerin Prien trägt vor, die Bund-Länder-Vereinbarung zum Startchancen-Programm sei am 2. Februar 2024 von der Kultusministerkonferenz in einer Sondersitzung beschlossen worden. Das Programm starte zum 1. August 2024 und laufe über einen Zeitraum von zehn Jahren; seine Wirksamkeit werde in ganz Deutschland gemessen werden. Der Bund fördere das Programm mit einem Gesamtbetrag von 1 Milliarde Euro pro Jahr; die Länder beteiligten sich in gleichem Umfang.

Ziel sei, dem deutlichen Rückgang in der Kompetenzentwicklung insbesondere bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und in prekären sozialen Lagen entgegenzutreten; 60 Prozent der Förderung entfielen auf Grundschülerinnen und -schüler. Die Festlegung der geförderten Schulen erfolge durch das jeweilige Land auf Grundlage geeigneter, wissenschaftsgeleiteter Kriterien. Der dafür zugrunde gelegte Sozialindex solle in Zusammenarbeit mit den Kreisen und Kommunen so weiterentwickelt werden, dass er weniger Datensätze als bisher enthalte und möglichst transparent sei, aber nicht stigmatisierend wirke, und sich am nordrhein-westfälischen Index orientieren. In Schleswig-Holstein könnten ab 1. August 2024 bis zu 144 Schulen (darunter die bisherigen 62 PerspektivSchulen) gefördert werden (17 Prozent der Schülerinnen und Schüler).

40 Prozent der Fördermittel sollten für eine bessere und lernförderlichere Infrastruktur und Ausstattung der Startchancen-Schulen eingesetzt werden; bei dieser Säule 1 trügen der Bund 70 Prozent der Kosten, die Kommunen 30 Prozent. 30 Prozent der Mittel flössen als sogenannte Chancenbudgets in bedarfsgerechte Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung, beispielsweise für zusätzliche, gezielte Lernförderung in den Kernfächern Deutsch und Mathematik (Säule 2); weitere 30 Prozent flössen in die Stärkung multiprofessioneller Teams (Säule 3); bei diesen beiden Säulen werde das Land die Kofinanzierung im Rahmen der verabredeten Anrechnungsmöglichkeiten übernehmen.

Im Mai 2024 könne das Bildungsministerium berichten, welche PerspektivSchulen im Rahmen des Startchancen-Programms in welcher Höhe gefördert würden.

5. Schulabschluss an Förderzentren anerkennen

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/826](#)

Leistungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen zieldifferenter Schulabschlüsse anerkennen und berufliche Orientierung weiter ausbauen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/979](#)

(überwiesen am 12. Mai 2023)

hierzu: [Umdrucke 20/1811](#), [20/1977](#), [20/1979](#), [20/1980](#), [20/1986](#),
[20/1987](#), [20/2024](#), [20/2049](#), [20/2054](#), [20/2058](#),
[20/2059](#), [20/2061](#), [20/2083](#), [20/2740](#)

Der Ausschuss nimmt Berichte des Bildungsministeriums zum Bundesmodellvorhaben ÜSB-INKLUSIV, zum Handlungskonzept STEP (ESF) sowie zu den Flexiblen Übergangsphasen nach § 43 Schulgesetz entgegen, [Umdruck 20/2740](#). Über die Anträge soll in der Sitzung am 14. März 2024 abgestimmt werden.

6. DaZ braucht gute Konzepte statt schwarz-grüner Einsparungen

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW
[Drucksache 20/1777](#) (neu)

(überwiesen am 24. Januar 2024)

Abgeordnete Waldinger-Thiering schlägt vor, mit der DaZ-Landesfachberatung des IQSH, der Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, einer Schulleitung und einer Lehrkraft ein kurzes Fachgespräch zu führen.

Der Bildungsausschuss will sich am 14. März 2024 über das Beratungsverfahren verständigen.

7. Stärkung der Wissensvermittlung zu den vier nationalen Minderheiten und der Sprecher:innengruppe Niederdeutsch

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/991](#)

Mehr Wissen über unsere Minderheiten vermitteln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/1119](#)

(überwiesen am 14. Juni 2023)

hierzu: [Umdrucke 20/1873](#), [20/2120](#) (neu), [20/2125](#), [20/2195](#),
[20/2199](#), [20/2200](#), [20/2202](#), [20/2205](#), [20/2207](#),
[20/2208](#), [20/2209](#), [20/2211](#), [20/2215](#), [20/2216](#),
[20/2224](#), [20/2225](#), [20/2226](#), [20/2277](#)

Die Anträge sollen zu gegebener Zeit beraten werden.

8. Bericht Landesarchiv

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/1554](#)

Archive in Schleswig-Holstein: Sicherheit und digitaler Wandel

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
[Drucksache 20/1662](#)

(überwiesen am 24. November 2023)

Bericht Landesarchiv

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP
und SSW
[Umdruck 20/2723](#)

Über den als Tischvorlage eingereichten interfraktionellen Änderungsantrag [Umdruck 20/2723](#) soll am 14. März 2024 abgestimmt werden.

9. Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/830](#)

Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/978](#)

(überwiesen am 14. Juni 2023)

hierzu: [Umdrucke 20/1813, 20/1965, 20/1985, 20/1991, 20/1995,](#)
[20/1998, 20/2005, 20/2006, 20/2007, 20/2038,](#)
[20/2047, 20/2048, 20/2050, 20/2053, 20/2066,](#)
[20/2067, 20/2075, 20/2081](#)

– Verfahrensfragen –

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Ausschuss, ein Gespräch mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung und dem Landesfachberater Wipo des IQSH zu führen.

10. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/2578](#) – Anerkennung als Podologe

[Umdruck 20/2582](#) – Masterplan Berufliche Bildung

Der Bildungsausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

- Plenarmittwoch, 21. Februar, 13:30 bis 15 Uhr, Beratung über die PISA-Ergebnisse mit Prof. Dr. Köller
- Donnerstag, 14. März, 14 Uhr, Bildungsausschuss (insbesondere Hochschulthemen)
- Freitag, 15. März, 10 bis 18 Uhr, Fachgespräch zum Thema Jugendgewalt
- Donnerstag, 25. April, 14 Uhr, u. a. Fachgespräch Schulischer Ganzttag

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 18:10 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer